

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich Runder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 8.

Berlin, Mittwoch, 8. Januar 1913.

Zwölftausendvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Organisation der Landarbeiter. — Der Gesamtverband Deutscher Krankenkassen. — Englands Arbeiterchaft im Jahre 1912. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Die Organisation der Landarbeiter.

Gegen Ende des abgelaufenen Jahres sind von konservativer, oder besser gesagt, agrarischer Seite mehrfach Versuche unternommen worden, die Landarbeiter zu organisieren. Wir haben darüber berichtet und keinen Zweifel gelassen, daß wir uns die Organisation der Landarbeiter anders vorstellen, hatte man doch Strikervereine, gelbe Gewerkschaften, Bund der Landwirte und ähnliche Organisationen herangezogen, um mit ihnen gemeinlich das geplante Werk zu beraten. Außerdem war die Organisation so gedacht, daß Unternehmer und Arbeiter zusammen in einer Vereinigung wirken. Daß dabei von einer wirksamen Interessensvertretung der Landarbeiter, worauf es doch selbstverständlich einzig und allein ankommt, nicht die Rede sein kann, ist klar. Wenn die Landarbeiter erstlich eine Besserung ihrer Lage herbeiführen und dadurch auch auf dem Lande gehalten werden sollen, dann muß man ihnen die Möglichkeit geben, daß sie zu wirklichen Ständevertretungen sich selbständig zusammenschließen, ohne daß sie von ihren Arbeitgebern kontrolliert oder gar beeinflusst werden.

Solche Versuche sind mehrfach gemacht worden. Nicht nur die „freien“ Gewerkschaften haben die Landarbeiter für sich zu gewinnen versucht, auch an die Deutschen Gewerksvereine haben letztere Anschließung gesucht, und unser Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter hat eine besondere Sektion für Landarbeiter gegründet. Neuerdings haben nun auch die christlichen Gewerkschaften auf dem Lande für sich Stimmung zu machen versucht und einen Landarbeiterverband gegründet, der am Anfang d. J. seine Tätigkeit aufgenommen hat. So großer Beliebtheit sich auch sonst die Christlichen bei den Agrariern und ihrem Anhang erziehen, so entzündeten Protest hat die Neugründung auf jener Seite hervorgezogen. Man befürchtet, daß das Selbstbewußtsein der Arbeiter geweckt werden könnte, und so ruft man denn gleich von vornherein der neuen Gründung ein zorniges Gell entgegen. Die „Kreuz-Zeitung“ gibt ihrem Unwillen am deutlichsten Ausdruck, indem sie schreibt:

„Gewerkschaftsbewegung bleibt Gewerkschaftsbewegung. Und wenn die christlichen Gewerkschaften auch vom Klassenkampfe sich fernhalten, so sind sie gleichwohl — und müssen ihrer jungen Verfassung nach es sein — Kampforganisationen, Organisationen, die die Arbeiterchaft in einen bewußten und sich allmählich verändernden Bewußtsein zu den Arbeitgebern bringen. Bei aller ihrer grundsätzlichen Gegnerchaft wider die Sozialdemokratie stehen mit ihnen die christlichen Gewerkschaften doch die meisten Arbeitskämpfe gemeinsam aus. Auf dem platten Lande aber ist zu befürchten, daß sie, statt der sozialdemokratischen Gewerkschaft gegenüber einen Ton zu bilden, ihr zum Eindringen in die Dörfer verhelfen wird. Es ist deshalb zu wünschen, daß das platte Land von je jedem Versuch, die Arbeiterchaft gewerkschaftlich zu organisieren, verschont werden möchte. Gewerkschaftliche Ideen gehören nicht auf die friedlichen Dörfer. Die schaffen nur Unfrieden. Gemeinsam müssen die ländlichen Arbeitgeber und Arbeiter organisiert werden, denn sie gehören zusammen. Und wer ein wahrer Freund des platten Landes ist, der muß diese gemeinsame Organisation fördern. Gewerkschaften kann das platte Land auf keinen Fall brauchen.“

Diese Auslassungen sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Der Vorwurf, daß die christlichen Gewerkschaften der Sozialdemokratie zum Eindringen in die Dörfer verhelfen, wird vielleicht recht bitter empfunden werden. Bisher hat man gerade die Deutschen Gewerksvereine als die „Vorfrucht der Sozialdemokratie“ bezeichnet, und nicht zum wenigsten die christlichen Gewerkschaften sind es, die solche Behauptungen aufgestellt haben. Noch schmerzlicher aber wird es für die Christlichen sein, daß gerade die „Kreuz-Zeitung“, das politische Organ der Konservativen, so wenig von ihnen wissen will, obgleich christliche Führer die konservativen und agrarische Politik stets auf das entschiedenste unterstützt haben. Man sollte annehmen, daß den christlichen Arbeitern durch diese Abjage der „Kreuz-Zeitung“ endlich die Augen geöffnet werden und sie aufhören, jenen Volksbegleitern Handlangerdienste zu leisten.

Gegen die Beweisführung des konservativen Blattes an sich kann man recht viel einwenden. Geradezu lächerlich ist es, wenn da von den friedlichen Dörfern geredet wird. Wenn auch äußerlich Ruhe dort herrscht, so stimmt es doch schon längst unter der Ache, und der Friede, dem man auf dem flachen Lande begeht, erinnert lebhaft an den Frieden auf dem Kirchhofe. Selbstverständlich können heute die Landarbeiter, da für sie die Möglichkeit der Vereinigung durch Gesetz noch nicht besteht, ihren Wünschen und Forderungen nicht so Geltung verschaffen, wie sie es möchten. Sie müssen still sein und halten die Faust in der Tasche. Dadurch, daß man ihnen das Koalitionsrecht vorenthält, verbessert man nicht die Stimmung, sondern man verhäßt sie, und heimliche Feinde sind schlimmer als offene. Glaubt man denn auf konservativer und agrarischer Seite wirklich, die Landarbeiter wüßten nicht, daß ihre Ständegenossen in Industrie und Gewerbe durch ihr Koalitionsrecht in der Lage sind, sich bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu verschaffen? Glaubt man denn, daß man durch solche gemeinsamen Verbände von Unternehmern und Arbeitern das Verlangen nach einer selbständigen Organisation ersticken kann? Mögen sich die Herren noch so sehr gegen die Verleihung des Vereinigungsrechts an die Landarbeiter wehren, die Entwicklung wird über diese rückständigen Anschauungen hinweggehen, und die Zeit kann nicht mehr fern sein, wo auch den landwirtschaftlichen Arbeitern das Koalitionsrecht verliehen werden muß. Je länger man sich dagegen sträubt, umso besser sind die Ansichten für die Sozialdemokratie, deren Agitatoren heute im geheimen wählen und denen niemand entgegenzutreten kann. Für uns Gewerksvereiner bedeutet deshalb die Abjage der „Kreuz-Zeitung“ an die christlichen Gewerkschaften erst recht eine Mahnung, hinauszuweichen auf das flache Land und alles anzubieten. Die Arbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Wir dienen damit nicht nur der Sache der ländlichen Arbeiter selbst, sondern auch der Landwirtschaft und dem Vaterlande.

Der Gesamtverband Deutscher Krankenkassen

(Zig Essen a. d. Ruhr).

Der Ende September 1912 im Beisein der Vertreter aller bürgerlichen Parteien und auf nationalem Boden stehenden Arbeiterorganisationen gegründet worden ist, hielt am Neujahrstage im Städtischen Saalbau zu Essen eine vollzählige beidseitige Mitgliederversammlung ab. Der Geschäftsführer des Verbandes, Reichstagsabg. Becker-Steiglab, zunächst einen kurzen Bericht über die Entwicklung,

die trotz der bisherigen verhältnismäßig geringen Agitation durchaus befriedigend kam, da die erste halbe Million Mitglieder bald erreicht ist. Die Herausgabe der ersten Nummer des eigenen Verbandsorgans soll bereits am 10. Januar erfolgen. Der Redner ging sodann des näheren auf die einzelnen, größtenteils formalen Änderungen der Satzungsparagrafen ein, die von der Mitgliederversammlung in der gerichtlichsterseits geforderten Änderung einstimmig angenommen wurden. Stadtverordneter Dick-M. Gladbach beantragte, die Tagesgelde für die Vorstandsitzungen geschäftsordnungsmäßig festzulegen. Die nächste Mitgliederversammlung soll über die aufzustellende Geschäftsordnung und die Höhe der Tagesgelde endgültig beschließen, damit auch nicht der Anschein einer heimlichen Fremdenwirtschaft erweckt werden könne.

Dem Antrage des Kandidaten Reifensath-Gelsenkirchen, den Klassen schon für je 3000 Mitglieder anstatt erst bei 5000 eine Stimme auf den Generalversammlungen zu gewähren, wurde mit großer Mehrheit stattgegeben. Sodann wurde zur Vorstandswahl übergegangen. Nach Eröffnung der Diskussion über die zur Wahl stehenden Herren des bisherigen provisorischen Vorstandes übergab Herr Wiggins-Nachen vor, sie einstimmig wieder zu wählen, was denn auch nach kurzer Erörterung geschah. Zum ersten Vorsitzenden wurde Abg. Behrens, als Stellvertreter Baumtnehmer und Architekt Post-Sagen, zum Schatzmeister Verwaltungsdirektor Weyer-Essen, zum 1. Schriftführer Reichstagsabg. Becker-Steiglab, zum Stellvertreter stollege Leonor Lewin-Berlin und zu Beisitzern die Herren Fabritant König-Nachen, Rechtsanwalt und Notar Tamann-Everhausen, Direktor Wondereggen-Gelsenkirchen, Dampfbaureisereiser Selmann-Altenessen, Stadtverordneter Dick-M. Gladbach, Kandidat Holl-Sippstadt, Gewerkschaftsbeamter Sauren-Nachen, Kandidat Wiskirchen-M. Gladbach, Gewerksvereinsbeamter Wolke-Gieslik und Gesamtverbandessekretär Valtrusch-Köln gewählt.

Unter Punkt Verschiedenes wurde noch die Titelfrage des Verbandsorgans erledigt. Das Verbandsorgan soll heißen: „Die Krankenversicherung“ mit dem Untertitel: „Zeitschrift für das soziale Versicherungsweien“. Der Abonnementspreis wurde auf vierteljährlich Mk. 1,25 aus schließlich Bestellgebühr festgesetzt. Die Zeitschrift soll jeden 10. und 25. im Monat erscheinen. Anerkannte Praktiker und Theoretiker haben ihre Mitarbeit an dem Verbandsorgan zugesagt, wie z. B. Amtsgerichtsrat Dahn, von Frankenberg, Geh. Ober-Reg. Rat Hoffmann, Dr. Trentlein, Professor Dr. Dize, Landesrat Dr. Schmidtmann, Amtsrat Trimborn u. a. m.

Ferner wurde sich die erste Mitgliederversammlung darüber einig, daß Ende April oder Anfang Mai in Essen im Städtischen Saalbau ein großer Krankenkassentag leitens des Verbandes abgehalten werden soll. Dieser wird sich voraussichtlich mit den brennendsten Angelegenheiten, wie Ärzte- und Apothekerfrage, Umorganisation der Krankenkassen und die daraus entstehende Klassenangelegenheiten beschäftigen. Abgeordneter Becker wurde sodann endgültig und einstimmig zum Geschäftsführer des Verbandes und Redakteur des Verbandsorgans gewählt; er nahm die Wahl dankend an und erbat sich die Mitarbeit aller Sachkundigen; vor allen Dingen eruchte er um sofortige Zuwendung von einschlägigem Material zur Arztfrage. Die Geschäftsstelle soll vorläufig in Köln, Eintrachtstraße 147 bleiben.

Nachdem noch eine Anzahl praktischer Fragen und Vorschläge zur weiteren Förderung des Gesamtverbandes gemacht und behandelt waren, so u. a. auch die Frage des teilweisen Beitrags-erlasses für beitretende Bezirks- oder Landesverbände, nahm der Vorsitzende das Schlusswort. Er gedachte der Zeit vor hundert Jahren, als unser Vaterland der Befreiung vom Franzosenjoch entgegen ging; eingedenk dessen möchten die Mitgliederversammlung und die ersichenden Vertreter dafür sorgen, daß auch die soziale Fürsorge, die nun im geeinigten Deutschen Reich den wirtschaftlich Schwachen gegeben ist, nicht als Mittel gegen die deutschen Volks- und Reichsinteressen gemißbraucht werde. Mit dem Appell, nunmehr in eine lebhaftere Agitation für den Gesamtverband Deutscher Krankenkassen seitens aller Mitglieder und Freunde einzutreten, schloß der Vorsitzende die äußerst angeregte Versammlung.

Auch von unserer Seite muß nunmehr alles getan werden, um diejenigen Klassen, in denen unsere Kollegen Einfluß haben, zum Anschluß an den Gesamtverband Deutscher Krankenkassen zu bewegen. Es sind deren nicht wenige, und wenn die Kollegen überall ihre Schuldigkeit tun, wird es gelingen, in ganz kurzer Frist die Zahl der dem neuen Verbands angeschlossenen Klassenmitglieder auf eine Million zu bringen. Daran muß jeder mitarbeiten, vor allem die in den Stufenvorständen sitzenden Mitglieder. Aber auch unsere Augenbeamten können viel zum Erfolge beitragen. Sie werden in alternativer Zeit noch besonderes Material zugeteilt erhalten, aus dem sie über die Aufgaben und die Notwendigkeit des neuen Verbandes sich unterrichten können. Wir erjüden aber, schon jetzt energisch in die Werbearbeit einzutreten.

Englands Arbeiterschaft im Jahre 1912.

Das soeben abgelaufene Jahr ist für England in industrieller und kommerzieller Hinsicht das beste in der Geschichte des Landes gewesen. Dies hat sich bisher noch nicht in den Ziffern der Handelsstatistik ausgedrückt, da der ungehinderte Aufschwung des Wirtschaftslebens sich erst in den letzten Monaten durchgelebt hat. Aus allen Industriebezirken des Reiches laufen Berichte über Arbeiter-mangel ein, eine Erscheinung, die man nach den Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre niemals erwartet hätte. Die amtliche Arbeitslosenstatistik, die auf Ziffern der Trade Unions basiert, ergab für November einen Prozentatz von 1,8. Dies bedeutet einen Rekord insofern, als bisher die Arbeitslosigkeit niemals auf einen so niedrigen Satz heruntergegangen war.

Auch in anderer Hinsicht hat das Jahr 1912 einen Rekord gebracht, nämlich durch den Bergarbeiterstreik. Es war das erste Mal, daß ein nationaler Streik in England durchgeführt wurde, und die Zahl der beteiligten Arbeiter (1 096 947), sowie die Zahl der verlorenen Arbeitstage (31 567 000) lassen die Ziffern früherer Streiks weit hinter sich. Nimmt man den Durchschnittslohn sämtlicher beteiligten Arbeiter nur mit 5 Schilling pro Tag an, so ergibt sich ein Lohnverlust von 15 783 500 Pfd. Sterling gleich 315 670 000 Mark. Außerdem entstanden große Verluste für die Eisenbahnen und alle beteiligten Industrien, und für das Land ist ein Gesamtverlust von 50 Millionen Pfund Sterling oder 1 Milliarde Mk. geschätzt worden. Neben dem Bergarbeiterstreik waren noch eine Anzahl anderer Streiks und Ausperrungen zu registrieren, die die Gesamtzahl der an industriellen Streitigkeiten beteiligten Arbeiter auf 4 108 266 und den Ausfall an Arbeitstagen auf 40 139 404 bringen. Davon entfallen allein auf die Textilindustrie 53 632 Arbeiter und 3 655 000 Arbeitstage und auf die Transportgewerbe (hauptsächlich Dockarbeiter) 129 735 Arbeiter und 2 558 500 Arbeitstage. Auch ein Streik der Londoner Schneider ist zu erwähnen, an dem 24 711 Arbeiter beteiligt waren, und der einen Verlust von 507 800 Arbeitstagen mit sich brachte.

Die Besserung der Wirtschafts-lage hat auch eine Besserung der Löhne mit sich gebracht. Für die ersten elf Monate des Jahres erwächst sich eine Lohnerhöhung von 2 256 000 Mk. wovon die Hälfte für insgesamt 2 393 100 Arbeiter. Damit ist der Rückgang der Löhne gegenüber dem Jahre 1900 endlich ausgeglichen. Denn von den Jahren 1901 bis 1905 und dann in den Jahren 1908 und 1909 waren die Löhne stärker gefallen als in den Jahren 1906, 1907, 1910 und 1911 gestiegen. Die Steigerungen des Jahres 1912 wurden aber wieder aufgehoben durch die starke Steigerung der Lebensmittelpreise, sodaß die Arbeiter heute, von der dauernden Beschäftigung abgesehen, nicht besser dastehen, als im Jahre 1900, wahrscheinlich noch um ungefähr 10 Prozent schlechter. Das kommende Jahr wird deshalb nicht ruhiger werden. Schon

jetzt rühren sich die Arbeiter überall. Hauptsächlich in den Baugewerben, die von allen Industriezweigen seit einem Jahrzehnt am meisten gelitten haben, ferner im Schiffbau und in der Textilindustrie sind größere Lohnbewegungen zu erwarten. Mr. Steirhard hat daneben ein neues Ziel vorgebracht, das zu erreichen versucht werden soll: den allgemeinen Achtstundentag. Und zwar soll nicht dafür gestreift werden, sondern die organisierten Arbeiter sollen einfach nach der Berrichtung von acht Stunden Arbeit von einem bestimmten Tage an zu arbeiten aufhören. Dies würde allerdings kaum etwas anderes als eine allgemeine Ausperrung zur Folge haben.

Die meisten Gewerkvereinsführer können dem Gedanken nicht viel Sympathie abgewinnen. Es würde sich um einen Generalstreik in anderer als der bisher propagierten Form handeln, und jede Handlung in dieser Richtung soll vorläufig unterbleiben, nicht wegen der Gequerdigkeit gegen den Generalstreik an sich. Darin ist man sich in den streifen der Trade Union-Führer wohl einig, daß die Ueberzeugung der Führer die Mitglieder nicht abhalten wird, wenn der Wille zum Streik nur einmal in den Massen vorhanden ist. Aber die Streiks und Ausperrungen der letzten drei Jahre haben die verfügbaren Mittel auf ein Minimum heruntergebracht. Bis zur Reuanammlung von Fonds reichen die Mittel wohl für kleinere lokale Lohnbewegungen, aber nicht für umfassende Streiks oder Ausperrungen.

Große Lohnbewegungen lassen sich auch schon wegen der Zerplitterung der Trade Unions nicht ausführen, mit Ausnahme der Industrien, in denen Föderationen (Vereinigungen der einzelnen Trade Unions) bestehen. So hat z. B. das provisorische Komitee der 72 Trade Unions des Baugewerbes erklärt, es sei unmöglich, eine allgemeine Bewegung einzuleiten, weil die Arrangements, die die einzelnen Organisationen mit den Arbeitgebern getroffen haben, sich widersprechen. Es wird nun jedenfalls in alternativer Zeit eine Vermittelung einer Anzahl der Organisationen stattfinden. Sieben Gewerksvereine von Maurern, Zimmerern, Stukkateuren, Malern, Tischlern und anderen Arbeitern haben sich im Prinzip für eine solche Einigung bereit erklärt. Auch in anderen Berufen hat der Aufruf der General Federation und des Parlamentarischen Komitees Gehör gefunden. Sieben Unions in der Eisen- und Stahlindustrie beabsichtigen die Schaffung eines Verbandes zur Verhütung von teilweisen Streiks. Der Londoner Schneiderstreik hat zur Folge gehabt, daß elf Organisationen sich zu einer „United Garment Workers Trade-Union“ (Vereinigter Kleidermacher-Gewerksverein) verschmelzen wollen. Die National Union of Gasworkers (Gasarbeiter) agitiert für Föderation oder Verschmelzung aller Gewerksvereine der ungelerten Arbeiter, und auch bei den Dockarbeitern macht sich eine starke Strömung zur Einigung bemerkbar, der nur einige ehrgeizige Vorkämpfer im Wege stehen. Auch die vier Unions der Eisenbahner haben eine Verschmelzung beschlossen, deren Vorteile in einer gemeinsamen besseren Regelung des Unterbringenswesens und in der gemeinsamen Front gegenüber den Gesellschaften bestehen.

Die sich immer mehr steigende Festigkeit der Streiks wird zu einer Ueberschuldung der Arbeiterfrage durch eine Kommission führen, die auch Vorschläge auszuarbeiten hat. Die Regierung ist auch sonst bemüht gewesen, ihre sozialpolitischen Pläne fortzuführen, trotzdem der Kampf gegen die Opposition einen großen Teil der parlamentarischen Kraft verschwendet. Im Zentrum der sozialpolitischen Gehegeung des Jahres steht das Versicherungsgezet, das bekanntlich nicht nur gegen Krankheit und Invalidität, sondern auch gegen Arbeitslosigkeit für Baugewerbe und alle Branchen der Metallindustrie versichert, sowie die freiwillige Versicherung anderer Industrien unterläßt. Von der konservativen Partei waren die Bestimmungen des Gesetzes bis zum letzten Augenblicke bekämpft worden. Dieser legale Widerstand ist nachdem die Vorlage Gesetz geworden ist, nun eingestellt. Die Gewerksvereine und Versicherungsvereine haben sich ebenfalls bemüht und sehen jetzt ein, daß die Ausföhrung des Gesetzes ihnen nur Vorteile bringen kann. Die neuen Mitglieder haben sich vielfach veranlaßt gesehen, nicht nur die Staatsversicherung einzugehen, sondern sich freiwillig zu höheren Beträgen zu versichern. Manche Vereine haben ihre Mitgliedschaft verdoppelt, und dies ist nicht zu unterschätzen, wenn es sich um Organisationen handelt, die vorher schon über 300 000 bis 500 000 Mitglieder hatten. Auch die Trade Unions haben neue Mitglieder gewonnen, da hier nicht nur die Krankenversicherung, sondern auch die Arbeitslosenversicherung nach dieser Richtung wirkt. Nur in der gelben Presse dauern die Angriffe auf die Versiche-

rung immer noch fort, und es wird immer von neuem versucht, der Ausföhrung Hindernisse in den Weg zu legen. Zuerst steckte man sich hinter die Handlungsgehilfen, die angeblich benachteiligt sein sollten; dann hinter die Diensthöten, denen man voraussetzte, daß sie ihre Stellungen verlieren würden, weil die Herrschaft die Beiträge nicht zahlen würde. Dann suchte man die Arbeitgeber, namentlich die kleineren aufzukehren. Unfälleverweigerung der starken Wirtschaftsaufschwung, und die Arbeitgeber kümmerten sich wenig um die paar Groschen, die sie mehr auszugeben hatten, wenn sie nur Arbeiter bekamen. Nur an den Verzten schien das ganze System noch ideitern zu sollen. Aber abgesehen davon, daß die Regierung auch für den Fall, daß sich nicht genügend Verzte melden sollten, Vorisorge getroffen hatte, sind doch Tausende von Verzten vorhanden, die sich der Autokratie der British Medical Association (Britischer Ärzte-Verband) nicht beugen, namentlich, da die Regierung in durchaus fairer Weise den materiellen Forderungen der Verzte entgegengekommen ist. Am 15. Januar werden alle Vorbereitungen beendet sein, und die Behandlung der Kranken und die Auszahlung der Unterstüzung wird ungehindert erfolgen können. Auch die Arbeitslosenunterstüzung beginnt mit diesem Tage.

Zwei große Arbeiterjubelgesetze sind im Laufe des Jahres in Wirksamkeit getreten: das Grubengezet, das die früheren Bestimmungen über den Unfallschutz usw. zusammenfaßt und erweitert, und das Ladenachtlgezet, das den Ladenangestellten einen halben wöchentlichen freien Tag und geregelte Ruhe- und Erpannen brachte. In der Ausföhrung ist das letztgenannte Gezet nicht immer auf den guten Willen der Ladeninhaber gestößen, und dies hat die Schwierigkeiten, die in dem Gezet selbst lagen, noch vermehrt.

Ein Präzedenzfall, der für die künftige Entwicklung der englischen Sozialpolitik von großer Bedeutung sein kann, ist das Minimum-Gesetz für Verzelente, zu dessen Vorlage sich die Regierung veranlaßt sah, um das Ende des Bergarbeiterstreikes herbeizuföhren. Die Forderung der Arbeiter wurde dadurch im Prinzip anerkannt, aber der Premierminister weigerte sich, den festen Satz von 5 Schilling für Erwachsene und von 2 Schilling für Jugendliche in das Gezet aufzunehmen. Die auf Grund des Gesetzes gebildeten Lohnräter haben auch in der Mehrzahl der Fälle diesen Satz abgelehnt, und die Arbeiter sind aus diesem Grunde ziemlich unbefriedigt. Aber entgegen allen Erwartungen ist doch die Durchföhrung glatter vor sich gegangen, als man erwartet hatte.

Die einzige Frage, die im Augenblick das Interesse aller organisierten Arbeiter in Anspruch nimmt, ist die Beratung der Trade Union Bill, die die Härten des bekannten Osborne-Urteils beseitigen soll, das den Trade Unions die politische Tätigkeit verbietet. Gegen die Bill des Vorjahres wurde geltend gemacht, daß sie den Gewerksvereinen nicht gestattet, Abgeordnete zu beghalen. Durch die Gewährung von Väten ist dieser Einwand hinfällig geworden. Die Regierungsvorlage geht ziemlich weit in der Erfüllung der Arbeiterforderungen nach Befreiung von den Einschränkungen, die das Osborne-Urteil den Trade Unions auferlegt hat. Bei der Komitee-Beratung, die soeben beendet wurde, wurde Mr. Macdonalds Antrag auf Aufhebung des Urteils auch nur mit zwei Stimmen Majorität abgelehnt. Was die Arbeiterpartei und die Gewerksvereine noch unzufrieden macht mit dem Entwurf, wie er die Kommission verlassen hat, ist nur eine Frage des Grades. Nicht des Weisens unter irgend einem. Trotz aller Gequerdigkeit zu dem Entwurf wird er wahrscheinlich letzten Endes doch von den Arbeitervertretern angenommen werden. Denn wenn die Annahme nicht in dieser Session erfolgt, fällt die Vorlage nicht mehr unter die Akte, die nach Ablehnung durch das Oberhaus auf Grund des Parlamentsgesetzes automatisch Gesetzeskraft nach Ablauf von zwei Jahren erlangen. In zwei Jahren wird nämlich das neue Parlament gewählt. Und wehe dann den Trade Unions, wenn die Konservativen als Staatsräder gelangen! In der Kommissionsberatung ist die gewerksvereinsfeindliche Haltung der Konservativen offen zum Ausdruck gekommen. Von dieser Seite können die Arbeiter nur das Schlimmste erwarten.

S. W. London.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 7. Januar 1913.

Die Gesellschaft für Soziale Reform (Geschäftsstelle Berlin, Rollendorfsstr. 29-30) wird ihre nächste Hauptversammlung in den letzten Tagen des Mai 1913 in Düsseldorf abhalten. Die Tagesordnung soll einzelne besonders wichtige

Fragen aus dem Rechte des Arbeitsvertrags und des gewerblichen Einigungswesens umfassen.

Die Vorberedung über diese Hauptversammlung bildete einen der wichtigsten Punkte der Sitzung des Hauptauschusses der Gesellschaft für Soziale Reform, die Ende November im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Staatsministers Dr. Freiherr v. Verloren stattfand. Die sachliche Vorbereitung für die Verhandlungen der Tüßeldorfer Hauptversammlung ist einem Unterausschusse für Arbeitsrecht überwiesen worden, der zunächst die Fassung der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände aus Tarifverträgen und die Streitfrage studiert, ob allgemeine Tarifverträge für ein Gewerbe durch Sonderabmachungen einzelner Arbeitgeber mit einzelnen Arbeitern durchkreuzt werden dürfen (Abdingbarkeit). Viele Fragen spielen in der Tarifvertragspolitik der industriellen Organisationen eine immer dringlichere Rolle. Neben zeitgemäße Fragen bearbeitet ein anderer Unterausschuss der Gesellschaft für Soziale Reform, derjenige für Privatbeamtenfragen, der sich in seiner letzten Sitzung mit den vorliegenden oder erwarteten Gehaltswürfen über Konkurrenzklausele und Sonntagsruhe und mit dem Koalitionsrecht der Angestellten beschäftigte. Den angeschlossenen Verbänden wurde empfohlen, auf Grund ihrer Stoffsammlungen zunächst selbst gewisse allgemeinere Ergebnisse bezüglich des Koalitionsrechts der Angestellten festzustellen und daraus bestimmte Forderungen an die Gesetzgebung und Rechtsprechung abzuleiten. Bei der endgültigen Fassung der Reformvorschlüsse sollen die Verbände dann mit dem Vorstande der G. f. S. R. und dem Arbeitsrechtsausschusse Fühlung nehmen.

Ueber die weiteren Arbeiten der G. f. S. R. berichtet der Generalsekretär Professor Dr. Franke:

Eine Eingabe zur Verbesserung des Arbeiterschutzes in der Großindustrie, die die Gesellschaft gemeinsam mit dem christlichen Metallarbeiterverbände und unserem Gewerbeverein in Maschinenbau, und Metallarbeiter ausgearbeitet hat, ist dem Bundesrat und Reichstag überreicht worden. Eine Eingabe zum Schutze jugendlicher Arbeiter liegt im Entwurfe vor. Die Schulspeisungsfrage ist zunächst für Groß-Berlin gründlich geprüft und nach den Ergebnissen einer Rundfrage bei 38 Gemeinden Groß-Berlins in einer Schrift der G. f. S. R. systematisch dargestellt worden. Eine Eingabe an die Berliner Gemeindebehörden um Einführung und Ausbau der Schulspeisung ist im Anschluß daran erfolgt. Die Gastwirtschaftsbesenfrage ist durch Eingaben an Regierungen, Stadtverwaltungen und Bahnverwaltungen mit Gastwirtschaftsbetrieb erneut in Fluß gebracht. Die Trinkgelderablösung in Gasthöfen soll in Verbindung mit dem „Deutschen Käuferbunde“ geprüft werden.

Der Kampf zwischen den „Belinern“ und den „Kölnern“ nimmt noch immer seinen Fortgang. Wenn die Christlichen geglaubt haben, daß die im Saarrevier angesetzte Bewegung die Förderung über die Einzelkämpfe verkommen lassen würde, so haben sie sich geirrt. Die katholischen Nachabteilungen wollen offenbar die Sache nicht zur Ruhe kommen lassen. Am 30. Dezember tagte in Saarbrücken eine Konferenz der Präsidien der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung, die folgende Erklärung angenommen und veröffentlicht hat:

1. Die anwesenden Präsidien protestieren gegen die in jüngster Zeit in zahlreichen Versammlungen von Mitarbeitern des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter vorgebrachte Unwahrheit, daß der katholische Alexus einer Erhöhung des Lohnes der Bergarbeiter entgegen sei.
2. Sie erheben Protest gegen die inwilde der genannten unwahren Verächtlichung laut gewordenen Schmähsungen und Verunglimpfungen katholischer Geistlicher, welche in wohlmeinender Liebe zu den Arbeitern vom Streit abgeraten haben, weil sie überzeugt sind, daß dieselbe unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen nicht eine Weigerung, sondern eine Verwirklichung der Lage der Arbeiter herbeiführen muß.
3. Sie protestieren gegen die einseitige Berichterstattung gewisser katholischer Zeitungen, insbesondere der „Kölnischen Volkszeitung“, „Augsburger Volksztg.“ und anderer über die Streikbewegung im Saarrevier. Dadurch ist die öffentliche Meinung irreführt und eine Schädigung der katholischen Arbeiterorganisation, die nach den Weisungen des heiligen Vaters überall unterstützt und gefördert werden muß, verurteilt worden.
4. Die Präsidien erklären, daß die Stellungnahme der katholischen Arbeiterorganisation auf dem Dele-

gierentag in Mailstadt vom 15. Dezember v. J. (gegen einen Streik, D. Med.) durch den bisherigen Verlauf der Ereignisse vollkommen gerechtfertigt worden ist. Sie sind entschlossen, auch in Zukunft allezeit ungeachtet aller Verächtlichungen für die Rechte und das Wohl des Arbeiterstandes gemäß den katholischen Grundsätzen fest und entschieden einzutreten.

33 katholische Geistliche haben diese Erklärung unterzeichnet, die erkennen läßt, wie groß die Spannung zwischen den feindlichen Brüdern ist.

Ueber die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den verschiedenen Kulturländern gibt folgende Tabelle Aufschluß, die allerdings insofern einen Mangel enthält, als die Zählungen nicht zu derselben Zeit vorgenommen worden sind. Immerhin sind es die letzten Ergebnisse, die aus den betreffenden Ländern vorliegen. Es gab danach

Land	Jahr	erwerbstätige Frauen	überhaupt	Prozent
Deutschland	1907	9 492 881	45,5	
Oesterreich	1900	5 684 984	51,5	
Ungarn	1900	2 885 235	45,1	
Rußland	1897	5 276 112	24,9	
Italien	1901	5 284 064	50,1	
Schweiz	1900	1 556 577	46,9	
Frankreich	1906	7 693 412	53,3	
Spanien	1900	1 351 792	39,9	
Belgien	1900	948 229	45,9	
Niederlande	1900	438 548	37,8	
Dänemark	1901	352 947	44,9	
Schweden	1900	551 021	38,4	
Norwegen	1900	277 613	39,5	
Großbritannien	1901	5 309 900	44,0	
Ver. St. v. Amerika	1900	5 329 802	38,4	

Auffallend klein erscheint in dieser Aufstellung die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Rußland. Das ist darauf zurückzuführen, daß dort die erwerbstätigen Familienangehörigen nicht mitgezählt worden sind. Die größte Zahl arbeitender Frauen hat Deutschland, nämlich annähernd 9½ Millionen. Am folgt Frankreich mit weit über 7½ Millionen, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß in diesen beiden Ländern die Zahlen neueren Datums, nämlich aus den Jahren 1906 und 1907 sind, während in den meisten andern Staaten die letzten Zählungen bereits sechs oder sieben Jahre zurückliegen, so daß angenommen werden darf, daß sowohl die absolute Zahl wie der Prozentsatz der arbeitenden Frauen in den übrigen Ländern auch größer geworden ist. Den höchsten Prozentsatz erwerbstätiger Frauen weist Frankreich auf, mit 53,3%, also über die Hälfte der Frauen überhaupt erwerbstätig sind. Deutschland steht erst an sechster Stelle mit 45,5%. Zwischen sind aber beinahe 6 Jahre wieder seit der Volkszählung verlossen. Man wird also nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß gemäß der bisherigen Entwicklung auch bei uns der Prozentsatz der erwerbstätigen Frauen steigen ist.

Arbeiterbewegung. Einen schönen Erfolg hat unser Gewerbeverein der Schneider in Liegnitz zu verzeichnen. Am 20. Dezember schloß er mit den dortigen Konfektionären einen neuen Tarifvertrag ab, der bis zum 1. Januar 1916 läuft. Durch diesen Tarifvertrag wurden die bisherigen Grundlöhne um 7 bis 10 Prozent erhöht; außerdem wurde die Bezahlung einer Anzahl neuer Extraarbeiten eingeführt und die Lohnsätze der bestehenden Extraarbeiten erhöht, jedoch man mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 12 Prozent rechnen kann. In den Verhandlungen nahm auch der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Stabenkleiderfabrikanten Deutschlands, Herr Rechtsanwält Stern-Berlin, teil, während uniererseits die Verhandlungen durch den Kollegen Müller-Berlin geleitet wurden. In dem Abdruck sind auch noch der freie Verband und die Christlichen beteiligt; jedoch ist unser Gewerbeverein dort am stärksten vertreten. Der Abdruck hat unsern dortigen Kollegen eine angenehme Neuabratsübermittlung bereitet. — Die Streikjahr im Saargebiet ist nun endgültig beieigt. Allerdings ist es auf einigen Jochen doch zu Teilaufständen gekommen; dieselben sind aber wieder beigelegt worden. Auf den Gruben „Belien“ und „Luisenthal“ sollten Sicherheitsmänner nicht wieder eingestellt werden, worauf ein großer Teil der Beschäftigten die Ansbart verweigerte. Nachdem den Sicherheitsmännern jedoch befriedigende Erklärungen geworden sind, ist die Ansbart wieder erfolgt. — In Menden dauert der Kampf der Metallarbeiter noch immer fort, wenn auch etwas über die Hälfte der Arbeiter wieder beschäftigt werden. Immerhin sind noch etwa 1400 Mann

ausgesperrt. Mit der Firma Schmölz, wo der Kampf entstanden ist, sind Einigungsverhandlungen angeknüpft. — In der Uniongießerei zu Königberg i. Pr. dauert der Kampf nunmehr fast ein Vierteljahr. Die Erbitterung unter der Arbeiterschaft über die Hartnäckigkeit der Betriebsleitung ist so groß, daß bei einer Abstimmung über Beendigung oder Fortführung des Kampfes 722 Stimmen sich für Fortführung und nur 5 für die Arbeitsaufnahme erklärten. — In der Memeler Holzindustrie ist es zur allgemeinen Aussperrung gekommen, von der etwa 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen sind. — Die organisierten Fliesenleger und Hilfsarbeiter in Groß-Berlin haben beschloffen, die Arbeit einzustellen und nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, auf der Grundlage der unterbreiteten Forderungen zu verhandeln und ihre neue Arbeitsordnung zurückzugeben. Es darf mit einem größeren Kampfe gerechnet werden, da der Arbeitgeberverband eine allgemeine Aussperrung androht hat für den Fall, daß auch nur in einem Betriebe die Unterschrift der neuen Arbeitsordnung verweigert wird.

Die Automobilkassetteure in London sind in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf etwa 10 000. — In Amsterdam ist in einer großen Anzahl von Druckereien ein Streik der Setzer ausgebrochen, weil ihnen ein neuer Lohn tarif abgelehnt wurde. Die Folge ist, daß mehrere Zeitungen nicht erscheinen können. Es besteht die Gefahr, daß der Ausstand noch größere Ausdehnung annimmt.

Verurteilung einer „freien“ Gewerkschaft wegen Kontostanddrohung. Wie wir vor längerer Zeit mitteilten, hatte die sozialdemokratische Widerorganisation in Bad Reichenhall an sämtliche Bäckermeister am Orte ein Rundschreiben verandt, daß die in den „freien“ Gewerkschaften organisierten Arbeiter nur bei denjenigen Bäckern kaufen würden, die organisierte Gehilfen beschäftigten, d. h. mit anderen Worten folde, die dem sogenannten „freien“ Verbände angehören. Infolgedessen sah sich ein Bäckermeister St., um nicht seine Kundtschaft einzubüßen, genötigt, seinen Gehilfen B., der früher selbständig gewesen war und Vater zahlreicher Kinder ist, zu entlassen. Der entlassene Gehilfe verlagte darauf den Verband an Schadenersatz mit dem Ersolge, daß das Amtsgericht Reichenhall die Gewerkschaft verurteilt, zunächst einen Bodenlohn von 28,50 Mk. anzuzahlen und alle aus der Entlassung entstehenden Schäden zu erlösen. Der Bäckerverband gab sich damit nicht zufrieden, sondern legte Verurteilung ein, die jetzt aber vom Landgericht Traunstein vollständig zurückgewiesen wurde. Damit ist das Urteil rechtskräftig geworden.

Die preussischen Sparkassen hatten im Jahre 1911 einen Zuwachs an Spargeldern von 730 Millionen Mark zu verzeichnen. Im Jahre 1910 betrug der Zuwachs 775 Millionen Mk., und im Jahre 1909 765 Millionen Mk. Es ist also für das Berichtsjahr ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Die gesamten Spareinlagen haben jetzt eine Höhe von 11,84 Milliarden Mark. Im Jahre 1900 betragen die Einlagen nur 5,75 Milliarden Mk., jedoch also in den letzten 11 Jahren mehr als eine Verdoppelung der bei den Sparkassen angelegten Beträge zu verzeichnen ist. Die Zahl der Sparkassenbücher im Jahre 1911 belief sich auf 13,42 Millionen, jedoch also auf jedes der Bücher im Durchschnitt eine Einlage von 882,23 Mark kommt. Es ist auffallend, daß in Berlin die Summe der Einlagen vom Jahre 1910 auf 1911 von 22,3 Millionen auf 13,7 Millionen Mk. zurückgegangen ist. Man führt diesen außerordentlich starken Rückgang darauf zurück, daß die städtische Sparkasse von Berlin es bisher abgelehnt hat, die tägliche Verzinsung einzuführen und ihren Zinssatz von 3 Proz. zu erhöhen.

Was die Verwendung der Sparkassenbestände anbetrifft, so ist mehr als die Hälfte der Kapitalien in Hypotheken angelegt, und zwar 41 Proz. in städtischen und 20 Proz. in ländlichen Hypotheken. 23 Proz. waren in Wertpapieren festgelegt. Die Anlagen bei öffentlichen Instituten machten 12 Prozent der Gesamtbestände aus. Zinsüberschüsse wurden im Berichtsjahre 98 Millionen erzielt, von denen 22 Millionen für Verwaltungskosten aufgewendet wurden.

Das Streitjahr 1911 in England. Der eben veröffentlichte Bericht des englischen Arbeitsamts gibt wertvolle Ziffern für die Beurteilung der wirtschaftlichen Streitfälle des Jahres 1911, das wie

